

## Beschwerde gegen Stadtrat eingereicht

René Truninger, SVP-Gemeinderat, kritisiert den Illnau-Effretiker Stadtrat, weil er ein Referendumskomtee mit 5000 Franken unterstützt.



Fabian Senn, 11:49

Der Stadtrat von Illnau-Effretikon liegt mit dem Kantonsrat im Clinch. Bild: Marc Dahinden

Eigentlich wollte der Stadtrat Illnau-Effretikon das Gemeindereferendum gegen die Änderung des Gesetzes über die Jugendheime und Pflegekinderfürsorge nicht unterstützen. Doch letzte Woche gab die Exekutive bekannt, dass sie es trotzdem tut und einen Beitrag von 5000 Franken zahlt.

Diesen Meinungsumschwung begründet Illnau-Effretikons Sozialvorstand Samuel Wüst (SP) wie folgt: «Der Stadtrat wollte die Verhandlungen zwischen dem kantonalen Gemeindepräsidentenverband und dem Regierungsrat zuerst nicht behindern. Doch diese Gespräche haben keine Resultate hervorgebracht.» Deshalb habe sich der Stadtrat für die finanzielle Unterstützung entschieden. «Wir wollen uns nicht alles gefallen lassen», sagt Wüst.

«Es ist befremdlich, dass eine Gemeinde einen Beschluss des Kantonsrats mit Steuergeldern bekämpft.»

René Truninger (SVP),  
Kantonsrat

Gegen den Entscheid des Stadtrats hat am Dienstag Gemeinde- und Kantonsrat René Truninger (SVP) eine Beschwerde beim Bezirksrat Pfäffikon eingereicht. Er stört sich am finanziellen Beitrag an das Referendumskomtee. «Es ist befremdlich, dass eine Gemeinde einen Beschluss des Kantonsrats mit Steuergeldern bekämpft.»

Angesichts der Volksabstimmung am 24. September spricht der SVP-Gemeinderat von Staatspropaganda. «Der Stadtrat mischt sich in einen Abstimmungskampf ein.» Dabei

sei es wichtig, dass bei dieser Sachvorlage der freie Wille der Stimmbürger zuverlässig und unverfälscht zum Ausdruck komme, schreibt Truninger in seiner Beschwerde.

Der SVP-Politiker erwähnt auch ein Urteil des Bundesgerichts. Dieses halte fest, dass es der öffentlichen Hand nur im Ausnahmefall erlaubt sei, ein Referendumskomitee mit Steuergeldern finanziell zu unterstützen. «Nur wenn die Gemeinde unmittelbar und ganz besonders stark betroffen ist.» Das treffe in diesem Fall aber nicht auf Illnau-Effretikon zu, sagt er. «Wir sind nicht stärker betroffen als andere Gemeinden.»

### «Stadt stark betroffen»

Stadtrat Wüst findet hingegen, dass die Stadt wie alle Zürcher Gemeinden stark betroffen sei von diesem Beschluss. 300 000 Franken würden die Fremdplatzierungen jährlich im Durchschnitt kosten.

Von der Beschwerde hat Wüst erst am Dienstag erfahren. Dazu könne er noch nichts sagen. Nur so viel: Er hätte in eigener Kompetenz über den Betrag von 5000 Franken entscheiden können. «Weil es aber um ein politisches Thema geht, haben wir den Beschluss als Gesamtstadtrat gefasst.»

Auch der Bezirksrat wollte sich noch nicht zur Beschwerde äussern, wie Bezirksratsschreiberin Karin Weyermann sagt. «Wir klären zuerst ab, als was sie entgegengenommen wird und wer dafür zuständig ist.»

(Der Landbote)

Erstellt: 28.06.2017, 12:08 Uhr

### Ist dieser Artikel lesenswert?

Ja

Nein